

Demokratie: Das Scheitern eines Systems wird Religion



Der Weltpolizist (Louis Dalrymple, 1905)

1. Juni 2022

Was ist Demokratie? Die Antwort, die in den Lehrbüchern für Staatsbürgerkunde und in den verfassungsrechtlichen Abhandlungen gegeben wird, hat den Vorzug, einfach zu sein. Die Demokratie hat ihren Ursprung im griechischen Wort *demokratia*, das sich aus *demo*, „Volk“, und *kratos*, „Macht“, zusammensetzt. Sie ist die Macht des Volkes, die Regierung des Volkes; ein politisches System, in dem das Volk souverän ist. Sie steht der Republik nahe, ist aber nicht mit ihr zu verwechseln.

Das Wort „Republik“ kommt vom lateinischen *res publica*, was „das öffentliche Gut“, „die öffentliche Sache“ bedeutet. Die Republik ist ein politisches System, in dem die Macht nicht von einer Person, einem Erbmonarchen, sondern von gewählten Vertretern des Volkes ausgeübt wird.

Demokratie und Republik haben also eine sehr ähnliche etymologische Bedeutung, aber sie beziehen sich auf unterschiedliche historische Gegebenheiten. Theoretisch hat in einer reinen Demokratie die stimmberechtigte Mehrheit unbegrenzte Macht, während in einer reinen Republik eine Reihe von Grundgesetzen, eine Verfassung, die Rechte aller gegen den Willen der Mehrheit schützt. In der Praxis sind die modernen Nationalstaaten weder reine Republiken noch reine Demokratien.

Juristen und Politikwissenschaftler unterscheiden zwischen der direkten Demokratie, in der die Bürger in Versammlungen zusammenkommen und die Macht direkt ausüben, und der repräsentativen Demokratie, in der die Bürger Vertreter wählen, die in ihrem Namen die Macht ausüben. Sie

weisen darauf hin, dass in einer Demokratie die Regierenden durch freie Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und freier und geheimer Abstimmungen gewählt werden. Sie weisen auch darauf hin, dass die Macht von den gewählten Vertretern der Mehrheitspartei ausgeübt wird, die die Legitimation zum Regieren haben, aber unter der Kontrolle der Opposition stehen, die die Freiheit hat, die Regierung zu kritisieren. Schließlich sind sie sich einig, dass das System nur funktionieren kann, wenn es eine Gewaltenteilung gibt – Legislative, Exekutive und Judikative, ganz zu schweigen von den Medien, die seit dem 20. Jahrhundert den Status einer vierten Gewalt erlangt haben – und vor allem einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Werte und gesetzlichen Bestimmungen, die im Falle Frankreichs durch das Motto der Republik zusammengefasst werden: *liberté, égalité, fraternité* (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit).

Demokratie als eine moderne säkulare Religion

Abraham Lincoln, US-Präsident von 1860 bis 1865, soll einmal erklärt haben, dass Demokratie eine „Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk“ sei, was bedeutet, dass die Souveränität dem Volk gehört, das diejenigen wählt, die es regieren. Bis heute ist dieser Grundsatz die theoretische Grundlage der westlichen Demokratien.

Aber zu sagen, dass das Volk souverän sein sollte, bedeutet nicht, dass es das auch ist. Es gibt das bewundernswerte Ideal und die prosaische Realität. Paradoxiertweise ist das Wort „Demokratie“ zu einem Klischee geworden, zu einem demagogischen Gemeinplatz, zu einem Aberglauben, zu einer Mystifikation. Die Demokratie ist im Laufe der Zeit zu einem Ersatz, einem Surrogat, einem Schein des Glaubens, einer Art säkularer Religion, ja sogar zu einer Religion des Krieges geworden. Um nur ein Beispiel zu nennen, das der USA: Die militärischen Interventionen und Aggressionen, die von den USA im Namen von Demokratie und Freiheit in der Welt begangen werden (die „demokratischen Kreuzzüge“ des „wohlwollenden Weltpolizisten“ oder der „unverzichtbaren Nation“), sind zahllos.

Es sind nicht nur die wenigen Fälle aus der Wende zum 21. Jahrhundert, die in den Mainstream-Medien wiederholt werden, und auch nicht die 400 Interventionen über zwei Jahrhunderte in ganz Hispanoamerika, die der argentinische Historiker Gregorio Selser akribisch auflistet – die Bilanz ist in der Tat weitaus schlechter. Die USA haben überall auf der Welt Regierungsumstürze bekämpft oder angezettelt: Philippinen, Laos, Vietnam, Korea, Kambodscha, Kuba, Libanon, Kongo, Brasilien, Peru, Dominikanische Republik, Iran, Guatemala, Ecuador, Haiti, Chile, Angola, Nicaragua, Grenada, Panama, Sudan, Somalia, Jugoslawien (Bosnien und Kosovo), Irak, Libyen, Syrien, Afghanistan, Indonesien.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1776 befinden sich die USA mehr oder weniger 80 bis 90 Prozent der Zeit im Krieg. Heute verfügen sie über 175 Militärstützpunkte in 130 Ländern. Zum Vergleich: Frankreich, das Vereinigte Königreich und Russland haben zusammen kaum 30 Stützpunkte im Ausland. Im Jahr 2019 belief sich der Verteidigungshaushalt der USA und ihrer NATO-Verbündeten auf mehr als 1 Billion Dollar (52 Prozent des weltweiten Verteidigungshaushalts), während sich Russlands Haushalt auf 65,1 Milliarden Dollar belief.

Unter dem Deckmantel des guten Willens und der „Verteidigung der Demokratie“ verteidigt Washington vor allem die Interessen der amerikanischen Unternehmen. Wir alle kennen die Formel von Theodore Roosevelt: „Sprich sanft und trage einen großen Knüppel; du wirst weit kommen.“

Sanfte Macht, um zu verführen und zu überzeugen, und harte Macht, um zu schlagen und zu bestrafen! Doch anstatt Gebiete und Völker zu kolonisieren, haben die US-Regierungen die weise Entscheidung getroffen, die Entscheidungsträger zu kontrollieren und ihren Konzernen oder multinationalen Unternehmen Zugang zu Rohstoffen und nationalen Märkten zu verschaffen. Die Falken in Washington tun in Europa und auf der ganzen Welt, was sie in Mittel- und Südamerika getan haben – sie stellen sicher, dass sie sowohl militärisch als auch wirtschaftlich dominieren. Dazu ist die Kolonisierung der Eliten der effektivste Weg.

Und schließlich sind die Verbündeten des Imperiums nicht einfach befreundete Staaten, sondern eher Protektorate oder Vasallen, die kein wirkliches Mitspracherecht haben. Letzten Endes müssen alle gehorchen. De Gaulle, der in den schwierigsten Momenten des Kalten Krieges ein treuer, ja sogar bedingungsloser Freund Amerikas sein sollte, verstand dies sehr gut. Er wusste, dass Roosevelt ihn hasste, dass er ihn für einen „Verrückten“ hielt und dass er ihn wegen seines Strebens nach Souveränität und Unabhängigkeit auf die eine oder andere Weise zu Fall bringen wollte.

Der amerikanische Mythos der liberalen Demokratie ist langsam zugunsten einer Plutokratie oder Korporatokratie zusammengebrochen. Die Werte der Gründerväter sind nach und nach zugunsten des finanzindustriell-militärischen Komplexes verschwunden, vor dem Eisenhower 1961 gewarnt hat. Und diese Situation war damals nicht neu. Der neunzehnte US-Präsident, Rutherford Birchard Hayes, hatte bereits am 11. März 1888 in seinem Tagebuch seine Besorgnis über die Entwicklung eines solchen Systems zum Ausdruck gebracht:

Die wirkliche Schwierigkeit liegt in dem enormen Reichtum und der Macht in den Händen einiger weniger und der Skrupellosen, die das Kapital vertreten oder kontrollieren. Hunderte von Gesetzen des Kongresses und der staatlichen Gesetzgeber sind im Interesse dieser Männer und gegen die Interessen der Werktätigen. Diese müssen aufgedeckt und aufgehoben werden. Alle Gesetze über Unternehmen, Steuern, Treuhandgesellschaften, Testamente, Erbschaften und dergleichen müssen überprüft und umfassend geändert werden. Dies ist nicht länger eine Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk. Es ist eine Regierung von Konzernen, durch Konzerne und für Konzerne.

In einem Brief vom 21. November 1933 an Edward House, einen ehemaligen Berater Wilsons, gab Roosevelt auch dies zu: „Die Wahrheit ist, dass, wie Sie und ich wissen, ein finanzielles Element in den großen Zentren die Regierung seit den Tagen von Andrew Jackson besitzt.“ Bezeichnenderweise kontrollieren heute 15 Milliardäre die US-Medien.

Die amerikanische Demokratie hat sich in eine Oligarchie verwandelt

Auf lokaler Ebene hat das Volk noch einen gewissen Einfluss, aber auf Bundesebene hat es kaum noch etwas zu sagen. Auf der obersten Ebene trifft eine winzige Anzahl von Menschen die Entscheidungen und erntet die meisten Vorteile. Geblendet von den materiellen Annehmlichkeiten, die das System seit Jahrzehnten bietet, war das amerikanische Volk nicht in der Lage oder willens zu erkennen, dass seine Demokratie nach und nach von seinen Eliten beschlagnahmt wurde, dass diese Eliten die Macht für ihre eigenen Zwecke an sich gerissen haben und dass der „tiefe Staat“ andere Ambitionen hat, als dem amerikanischen Volk zu helfen.

Diese klare Diagnose ist nicht das Monopol von gefährlichen Radikalen, Anarchisten, Marxisten oder anderen „antikapitalistischen“ Revolutionären. Sie ist das Werk zahlreicher Autoren (und manchmal sogar Präsidenten der Republik) mit den unterschiedlichsten politischen Sensibilitäten, wie Howard Zinn, John Perkins, Diana Johnstone, Michael Parenti, Eliot A. Cohen, William Blum, Noam Chomsky, Ron Paul, Pat Buchanan, Carroll Quigley, Christopher Lasch oder Paul Gottfried, die diese Situation der Vereinnahmung oder Perversion des demokratischen Systems und der gefährlichen Überdehnung des Imperiums anprangern. Der überwiegenden Mehrheit von ihnen geht es vor allem um die strikte Einhaltung der Grundsätze der Gründerväter, um die kollektive Sicherheit und das Gemeinwohl des amerikanischen Volkes.

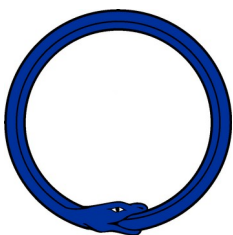
In diesem Punkt erweist sich die „konventionelle“ und etwas „engelsgleiche“ These der Historikerin Elizabeth Cobbs Hoffman ([American Umpire](#), 2013), die auf den Slogans „wir sind außergewöhnlich, wir haben die Welt durch unsere Aktivitäten im Ausland zu einem besseren Ort gemacht, wir sind kein Imperium, weil wir eine demokratische Republik sind“ beruht, als verwirrend voreingenommen und oberflächlich, vor allem im Vergleich zu der historisch und geopolitisch fundierten Argumentation des jüngsten Buches von Nikola Mirkovic ([L'Amérique Empire](#), 2021).

Es ist jedoch selten, dass sich jemand als „Skeptiker“ oder gemäßigter Demokrat bezeichnet oder „anprangert“, und noch seltener als „Nicht-Demokrat“ oder „Antidemokrat“. Mehr noch, kein politisches Regime würde es wagen, sich auf diese Weise zu definieren. Die Demokratie ist seit mehr als einem Jahrhundert ein wahrer politischer Messianismus, der die Verwirklichung des uralten Mythos der perfekten Stadt, der idealen Stadt und des neuen Menschen anstrebt. Es ist noch gar nicht so lange her, da wollten Stalin (zumindest sagt das Juri Suchow) und alle bolschewistischen Sozialisten wie Lenin, Trotzki, Mao oder Pol Pot Anhänger einer „neuen Demokratie“ sein.

Democracy – träumt von Absichten und leugnet Realitäten

Mussolini verkündete die Ablehnung der „konventionellen und absurden Lüge von politischer Gleichheit und kollektiver Verantwortungslosigkeit“ zugunsten einer „organisierten, zentralisierten und autoritären Demokratie“, „der reinsten Form der Demokratie“. Auch die Doktrinäre des nationalsozialistischen Deutschlands verurteilten, wie ihre Kollegen in der Sowjetunion, die „formale bürgerliche Demokratie“. Der Führerstaat sollte nach ihren Vorstellungen „im besten Sinne des Wortes direktdemokratisch“ sein. Man kann immer von Absichten träumen und die Realitäten leugnen.

Die meisten Europäer und Westler glauben heute, dass Freiheit und Demokratie zusammengehören wie die Sterne und der Mond. Natürlich gibt es in den höflichen Reden der „Eliten“ auch falsche Töne, wie etwa, als der Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, seine verblüffende Warnung aussprach: „Es kann keine demokratische Wahl gegen die europäischen Verträge geben“ (*Figaro*, 29. Juni 2015). Es gibt auch skandalöse Manipulationen des Volkswillens, wie 2007, als



Präsident Sarkozy den Vertrag von Lissabon über die neue EU-Verfassung von der Nationalversammlung ratifizieren ließ, obwohl er vom Volk in der Volksabstimmung vom 29. Mai 2005 abgelehnt worden war. In den Niederlanden war es der Senat, der denselben Vertrag annahm, den das Volk zuvor abgelehnt hatte; und in Irland mussten die Wähler immer wieder abstimmen, bis sie schließlich „Ja“ sagten. Wie der etwas chamäleonhafte und kommunistisch gesinnte Dichter

Bertolt Brecht nach dem Aufstand in der DDR (17. Juni 1953) schrieb: „Da das Volk gegen die Regierung stimmt, muss das Volk aufgelöst werden.“

Doch die Wähler, deren Augen dauerhaft entblendet sind, sind nicht Legion und viele sind desillusioniert. Demokratie und Freiheit werden als selbstverständlich angesehen (umso mehr, wenn die westlichen Medien die Situation ihrer Länder mit dem Rest der Welt vergleichen), während beides in der Realität nur teilweise umgesetzt und manchmal sogar weitgehend verboten ist. Wer in einem solchen politischen und gesellschaftlichen Kontext den Wert und die Grundlagen der Demokratie in Frage stellt oder Zweifel an den Möglichkeiten ihrer praktischen Umsetzung äußert, zieht den Zorn, die Verachtung und den Hass der Hohepriester des Kults und anderer Meinungsmacher auf sich.

Wenn man von den Medien und den Tugendwächtern der Todsünde der Antidemokratie beschuldigt wird, setzt man sich der Gefahr aus, zum Schweigen verurteilt zu werden und ein Leben als Paria zu führen. Ein politisches Regime und diejenigen, die ihm dienen, verstehen selten, dass man es kritisiert oder nicht bereit ist, sein Loblied zu singen. Seltsamerweise haben die modernen Zensoren und Neo-Inquisitoren vergessen, dass Generationen von angesehenen Historikern, Juristen, Philosophen und Politikwissenschaftlern fast zwei Jahrhunderte lang auf ehrliche, strenge und uneigennützig Weise die westliche Demokratie unerbittlich analysiert und seziert haben.

Bereits in den 1920er Jahren hatte der liberale Philosoph José Ortega y Gasset die **„krankhafte Demokratie“** angeprangert. In seiner berühmten Vorlesung „De Europa meditatio quaedam“ warnte er 1945 die Berliner Studenten, dass das Wort „prostituiert“ worden sei, weil es viele Bedeutungen habe, die nebeneinander existieren. Das Wort „Demokratie ist dumm und betrügerisch geworden“; sein täglicher Gebrauch gleicht, aus welchen Gründen auch immer, der Beschwörung einer Zivilreligion. Auch der Rechtsphilosoph Hans Kelsen schrieb bereits 1929: „Demokratie ist das Schlagwort, das die Köpfe des 19. und 20. Jahrhunderts allgemein beherrscht. Aber gerade deshalb verliert sie, wie jede andere Parole, ihre wahre Bedeutung.“

Der Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter stellte 1942 nicht minder klar fest, dass die Restdemokratie **„eine organisierte Heuchelei“** ist. Sie reduziert sich, so Gonzálo Fernández de la Mora (*La partidocracia*, 1977), auf die Gelegenheit, die die parteienherrschaftlichen Oligarchien den Regierten bieten, um sich periodisch zu einer – im Allgemeinen begrenzten – Option zu äußern, nachdem sie eine große Operation zur Information oder Vermarktung der öffentlichen Meinung durchgeführt haben. In *Du pouvoir* (1945) war Bertrand de Jouvenel nicht weniger streng:

„Die Diskussionen über die Demokratie, die Argumente für oder gegen sie, sind von intellektueller Nichtigkeit geprägt, weil man nicht weiß, wovon man spricht.“

Bezeichnenderweise ziehen es viele intellektuelle und akademische Persönlichkeiten mit offen demokratischen Überzeugungen vor, von defizitärer Demokratie, prekärer Demokratie, demokratischem Defizit, unpolitischem Regime, Müdigkeit und Erschöpfung des Wohlfahrtsstaates, Ende des demokratischen Ideals, Dämmerung oder „Winter der liberalen Demokratie“ zu sprechen.

Die verschiedenen Bedeutungen des Wortes „Demokratie“

In Wirklichkeit hat der Begriff „Demokratie“ mehrere Bedeutungen, die jeden zufrieden stellen können. Das Wort diene und dient dazu, gegensätzliche Doktrinen und Praktiken zu bezeichnen und zu veredeln. Mit Ausnahme der letzten Jünger traditionalistischer Denker wie Maistre oder

Bonald, für die nur eine von Gott inspirierte Ordnung legitim ist, und sogar der letzten positivistischen Monarchisten der *Action française*, sprechen sich heute alle für die Demokratie aus. Aber welche Demokratie?

Historisch gesehen wurde die Demokratie, oder besser gesagt eine Form der Demokratie, im fünften Jahrhundert v. Chr. in Griechenland eingeführt. Doch die heutigen Regierungsformen, die sich als ihre Erben ausgeben, leihen sich nur ihren Namen. Im Athen des 5. Jahrhunderts v. Chr. waren bei einer Bevölkerung von 400.000 Einwohnern nur 10 Prozent der Männer als Bürger anerkannt und vertraten ihre Familien (weniger als 200.000 Seelen); Frauen, Ausländer und Sklaven nahmen nicht am politischen Leben teil. Die Griechen betrachteten die Wahl auch als ein antidemokratisches und aristokratisches Verfahren, das den Gebildetsten, den Reichsten, den Begabtesten und den Gerissensten einen notorischen Vorteil verschaffte. Die Auslosung war ihrer Meinung nach das einzige Mittel, das den demokratischen Charakter der Regierung gewährleisten konnte.

Andererseits behaupteten weder Platon noch Aristoteles, demokratisch zu sein. Platon war der Ansicht, dass sie unter dem Deckmantel der Gleichheit Freiheit und Würde verletzte. Aristoteles hingegen bevorzugte die „gemischte“ Ordnung, eine subtile Mischung aus Demokratie, Monarchie und Aristokratie. So blieb die antike Demokratie lange Zeit ein Studienobjekt, das den Gelehrten vorbehalten war. Nachdem die mittelalterliche Proto-Demokratie in eine Sackgasse geführt hatte und die Revolutionäre (1642, 1763 und 1789) dem Volk ebenso wenig vertrauten wie ihre konterrevolutionären Gegner, kam es erst mit den ersten Demokratisierungswellen im 19. Jahrhundert (in den USA mit Andrew Jackson 1829 und in Europa mit den Revolutionen von 1848) und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg zur Entwicklung der Massendemokratie und des allgemeinen Wahlrechts in Westeuropa und im Westen.

Demokratie kann unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden: normativ oder deskriptiv. Aus normativer Sicht ist die politische Demokratie vor allem ein Prinzip der Legitimität. In diesem Sinne ist es sowohl der kleinste als auch der einzige gemeinsame Nenner aller demokratischen Doktrinen: Die Macht ist legitim, wenn sie sich aus der Autorität des Volkes ableitet und auf dessen Zustimmung beruht.

Hier ist sofort ein wesentlicher Unterschied festzustellen. Für den realistischen Normativisten (gemäßigte Liberale oder konservativ-liberale, die im Laufe der Geschichte immer wieder Verfahren angewendet haben, die darauf abzielen, den Einfluss des allgemeinen Wahlrechts zu verringern, obwohl es von ihnen als Verfassungsgrundsatz proklamiert wird), kann der Zweck nicht die Mittel heiligen. Für den Idealisten oder utopischen Normativisten (liberal-jakobinisch, sozialistisch-autoritär oder marxistisch-totalitär) hingegen ist der Einsatz nicht-demokratischer Mittel für Ziele, die als demokratisch gelten, letztlich immer gerechtfertigt.

Das Beispiel aus der französischen politischen Geschichte ist beredt. Für den französischen utopischen Normativisten kommt es nicht darauf an, dass das demokratische System die soziale Ordnung und das Gemeinwohl, die innere Harmonie und die äußere Sicherheit garantiert, sondern dass es vor allem und um jeden Preis die humanitären Werte des wiederbelebten Ideals der Aufklärung aufrechterhält. Alle, die die Spielregeln nicht akzeptieren, sind deshalb ausgeschlossen. Die Macht liegt in den Händen des Volkes, und die „Werte“ sind theoretisch eine Funktion des Volkswillens; aber in Wirklichkeit kann für unsere „Progressiven“, die „Verteidiger der Republik und der Demokratie“, das Volk niemals die Macht haben, die „republikanischen und demokratischen Werte“

in Frage zu stellen, da diese nur von den Mitgliedern der selbsternannten republikanischen Elite geändert oder neu definiert werden können.

Dasselbe gilt für den sozialdemokratischen Theoretiker Jürgen Habermas. Im Namen des „Verfassungspatriotismus“ will der deutsche Philosoph der unerbittliche Zensor des historisch-kulturellen oder sozial-identitären Patriotismus sein. Er will die Möglichkeit eines „universellen Konsenses“ der Substanz retten; und dazu schließt er ausdrücklich diejenigen aus, die „eindeutig und freiwillig“ (nach seinem eigenen Kriterium) „jenseits der Grenzen der Gesellschaft“ stehen.

Die amerikanischen Neokonservativen und Neoliberalen (Alan Bloom, Wolfowitz, Hanson, Kagan, Podhoretz, Kristol usw.), aber auch viele Schüler von Strauss (mit ihren französischen Epigonen Bernard-Henri Lévy, Jacques Attali, Alain Minc usw.) stehen auf derselben ideologischen Seite, wenn sie das Recht auf Einmischung oder humanitäre Intervention in der ganzen Welt im Namen der „Gleichheit, Freiheit und Menschenrechte“ verteidigen und die universelle Anwendung von Gewalt (manu militari) des amerikanischen oder westlichen demokratischen Modells befürworten.

Die Ironie besteht darin, dass auch die Argumente der europäischen Kolonialisten seit dem 19. Jahrhundert in der Regel auf einer dreifachen Ebene entwickelt wurden:

- wirtschaftlich (Suche nach Märkten und Rohstoffen),
- politisch (Imperative der Größe und der Macht) und
- moralisch (Vorteile der Wissenschaft, der Vernunft, der Bildung, des Fortschritts, der Zivilisation, der Aufklärung, der Menschenrechte, der weltlichen Moral und/oder der Religion).

Die Ursprünge und Begründungen des abendländischen **Rechts auf Einmischung** liegen viel weiter zurück, nicht nur bei dem protestantischen Juristen Hugo Grotius (1583-1645) oder dem Ökonomen John Stuart Mill (1806-1873), sondern auch bei dem Theologen und Gründer der Schule von Salamanca, Francisco de Vitoria (1483-1546).

Nach Ansicht des Dominikaners Vitoria sind folgende Gründe für ein Eingreifen legitim: das Naturrecht und das Völkerrecht, das Recht auf natürliche Kommunikation, das Recht auf freie Verkündigung des Evangeliums, die Tyrannei der einheimischen Herrscher, die Zustimmung oder das Einverständnis der Mehrheit der einheimischen Bevölkerung, das Bündnis und der Hilferuf befreundeter Völker und schließlich ein Grund, den er für fragwürdiger hält: die vorübergehende Unfähigkeit der einheimischen Bevölkerung, sich selbst zu verwalten. Man ist versucht, hier den Prediger zu zitieren: „Was war, wird sein; was geschehen ist, wird wieder geschehen; es gibt nichts Neues unter der Sonne.“

In diesem Fall ist der amerikanische demokratische Interventionismus an der Wende zum 21. Jahrhundert, der von seinen Gegnern so oft als Hegemonismus oder Imperialismus bezeichnet wird, weder neu, noch originell, noch modern. Strauss erklärte gerne, dass man politische Denker immer nach den Früchten ihrer Ideen beurteilen sollte. Aber angesichts der Verwüstungen, die seine Anhänger im Namen seiner Ideen angerichtet haben, kommt man nicht umhin, das Argument zu erwidern. Der Relativismus, der Historismus, der Nicht-Interventionismus und ganz allgemein der demokratische Realismus von Autoren wie Tocqueville, Ortega y Gasset, Buchanan, Mearsheimer

oder Paul Gottfried ist sehr viel weniger gefährlich als der demokratische Humanismus der Strauss'schen Kriegstreiber oder der neoliberalen Globalisten.

Aus einem zweiten Blickwinkel, der nicht mehr normativ, sondern deskriptiv ist, ist die politische Demokratie ein System, das auf dem Wettbewerb der Parteien und Eliten beruht, einem Wettbewerb, der von den Massen entschieden wird, sowie auf der Begrenzung der Macht der Herrschenden. In diesem System muss die Mehrheit die Rechte der Minderheiten respektieren. Die Überlegungen, die hier angestellt werden, konzentrieren sich auf die Konzepte der Wahlbeteiligung, der Auswahl der Führungspersönlichkeiten, der Repräsentation, der Opposition, der Kontrolle und der Begrenzung der Macht – aber keineswegs auf die Idee eines selbstverwalteten Volkes. Der Schlüsselbegriff in einer Demokratie ist jedoch weder die Zahl noch das Wahlrecht, die Wahl oder die Vertretung, sondern die Beteiligung aller Bürger am öffentlichen Leben. Jeder muss eine aktive Rolle als Mitglied der Gemeinschaft, als Teil eines Ganzen spielen. Das Maximum an Demokratie geht einher mit dem Maximum an Partizipation.

Liberales, organische oder Volksdemokratie?

In der Tat ruht die Demokratie je nach den Überzeugungen ihrer Exegeten auf unterschiedlichen, wenn nicht gar widersprüchlichen Grundlagen. Sie kann entweder auf dem Individuum ohne Zugehörigkeit beruhen – das ist die **liberale Demokratie**; oder auf den Massen oder der Arbeiterklasse als potenzieller Negation der anderen Klassen – das ist die Volksdemokratie; oder auf dem Volk, das als kollektiver Organismus und als privilegierter Urheber des gesamten historischen Schicksals verstanden wird – das ist die organische Demokratie. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, so lautet die Devise der französischen Republikaner. Die Freiheit ist mit der liberalen Demokratie verbunden. Die Gleichheit wurde von den Volksdemokratien ausgenutzt. Die Brüderlichkeit ist das Herzstück der organischen Demokratie.

Erinnern wir uns an ein Schlüsselement, das den Kern der **sozial-marxistischen Volksdemokratie** bildet. In der Zeit ihrer Entstehung und Entwicklung haben Sozialisten und marxistische Kommunisten das allgemeine Wahlrecht als im Wesentlichen mystifizierend gegeißelt. Die revolutionäre Minderheit sollte sich nicht der Durchschnittsmeinung beugen. Die „wahre Demokratie“ war diejenige, die von der „bewussten Minderheit“ durchgesetzt und geleitet wurde. Die „revolutionäre Avantgarde des Proletariats“ müsse handeln, ohne die widerspenstige Masse, die unbewusste Mehrheit, zu berücksichtigen, die mit der großen Aufgabe betraut sei, die Menschen zur Freiheit zu erwecken.

Die Ausübung des allgemeinen Wahlrechts in den westlichen Demokratien konnte in dieser Optik nur ein einfaches Propädeutikum für die revolutionäre Aktion und die von ihr erwartete Machtergreifung sein, gleichzeitig aber auch ein außergewöhnlicher Anlass für Agitation und Propaganda. Lenin und alle Marxisten verkündeten als letzte Etappe ihres Regimes die staatenlose und klassenlose Gesellschaft; aber die Etappe der „Diktatur des Proletariats“ zur Unterdrückung der Bourgeoisie wurde schnell in eine permanente und endgültige Diktatur der Minderheit der Partei über die gesamte Gesellschaft umgewandelt.

Dritte Art der Demokratie: **die organische Demokratie**. Hier erfolgt die Vertretung ganz oder teilweise durch die Gemeinde, die Familie, die Region, die Gewerkschaft, die Berufsverbände oder die Körperschaften. Diese verschiedenen Formen der Beteiligung werden ihrerseits durch die Praxis

der Volksabstimmungen ergänzt. Die organische Demokratie wird von ihren Gegnern (vor allem den angelsächsischen Protestanten) fast immer als exklusive Erfindung autoritärer oder sogar totalitärer Regime (die der Franco-Doktrinäre oder der italienischen Faschisten) oder des Katholizismus (die der katholisch-sozialistischen oder traditionalistischen Autoren wie Ketteler, Le Play, La Tour du Pin, Toniolo, Chesterton, Belloc usw.) betrachtet. Doch diese Behauptung ist völlig falsch. Der soziale Organismus hat seinen Ursprung im deutschen Idealismus (Hegel, Fichte, Ahrens und Krause). Später findet man ihn bei bedeutenden liberalen und sozialistischen Autoren, oft Freimaurem, wie Renan, Carlyle, Durkheim, Duguit, de Man, Laski, Weber, Prat de la Riba, Madariaga oder Besteiro. Für die Verfechter des Organizismus ist jede politische Doktrin, deren Umsetzung die Auflösung der Völker oder die Aushöhlung des Volksbewusstseins im Sinne eines Bewusstseins der Zugehörigkeit zu der organischen Einheit, die das Volk ist, begünstigt, als undemokratisch anzusehen.

Das Problem der terminologischen Verwirrung und der richtigen Bedeutung des Wortes „Demokratie“ lässt sich jedoch nicht auf die einfache Trias von liberaler Demokratie, Volksdemokratie und organischer Demokratie reduzieren. Andere Bedeutungen haben sich mit unterschiedlichem Erfolg verbreitet. Wir sprechen von repräsentativer oder liberaler Demokratie, um ein System zu beschreiben, das auf der Macht der parlamentarischen Versammlungen beruht. Wir sprechen von polyarchischer Demokratie, um die Pluralität von Interessengruppen und Entscheidungszentren zu betonen.

Als direkte Demokratie bezeichnen wir ein Modell, das auf der Praxis von Volksabstimmungen beruht. Die direkte oder plebiszitäre Demokratie steht im Gegensatz zur repräsentativen, partitokratischen, pluralistischen oder polyarchischen Demokratie. Erstere, die von der nationalen und/oder populistischen Rechten unterstützt wird, wird von rechts und links kritisiert, oft mit Argumenten, die an die der traditionalistischen Rechten erinnern. Die Referendumsdemokratie würde der Demagogie, dem Wahnsinn, den Leidenschaften und der Irrationalität Tür und Tor öffnen. Das Argument ist stichhaltig, aber in der repräsentativen Demokratie verhindert die Delegation, die Ausübung des Mandats, weder die Manipulation der Parlamentarier durch Lobbys, wirtschaftliche Arme starker, unsichtbarer Mächte, noch das Treffen unüberlegter, fragwürdiger oder den Interessen des Volkes abträglicher Entscheidungen.

Man spricht auch von sozialer Demokratie, um eine Lebensweise zu definieren, die durch die Nivellierung von Unterschieden in den Lebensbedingungen gekennzeichnet ist, oder von wirtschaftlicher Demokratie, um den Willen zur Angleichung des Wohlstands zu bezeichnen. Der Staat (Wohlfahrtsstaat) hat die Aufgabe, die sozioökonomischen Ungleichheiten durch Maßnahmen zum Schutz der am stärksten Benachteiligten und zur Umverteilung des Reichtums auszugleichen. Die industrielle Demokratie wird auch als Selbstverwaltung oder direkte Selbstverwaltung am Arbeitsplatz bezeichnet, oder als lokale oder Basisdemokratie, um den Begriff der organischen Demokratie zu vermeiden.

Seit 1997 wird auch von **illiberaler Demokratie** gesprochen, um die Regime Osteuropas (insbesondere Ungarns und Polens) zu qualifizieren und zu kritisieren, die sich der liberalen Globalisierung widersetzen, ohne die Freiheiten zu leugnen, und die Kontrolle über das kollektive Schicksal und die kulturelle Integrität ihrer Völker beanspruchen. Schließlich tauchen die Begriffe der moralischen, populistischen, bürgerlichen, absolutistischen, prophylaktischen, kriegerischen, ballistischen und strategischen Demokratie auf, ebenso wie die der Marktdemokratie, der technokratischen De-

mokratie, der Internet-Demokratie, der Teledemokratie, der „Cyber-Demokratie“, der „demokratischen Regierungsführung“ (ein System, das in Wirklichkeit „ernsthafte“ Entscheidungen einer kleinen Zahl von Technokraten vorbehält), der partizipativen, deliberativen, diversitären, multikulturellen, globalen, globalisierten Demokratie, usw. Willkommen im Orwellschen Neusprech!

Zeitgenössische Demokratie frisst sich selbst

Mit den neuesten „progressiven“ Moden hat sich die klassische Demokratie gegen sich selbst gewandt und ist zu einem echten Unternehmen der permanenten Dekonstruktion westlicher Werte und Institutionen geworden. Die Staatsbürgerschaft basiert nicht mehr auf der Gleichheit der Rechte der Bürger. Die neuen sozialen Kämpfe behaupten, sich um Identitäts-, Kultur- und Rassenkämpfe zu drehen. Die multikulturelle Demokratie hat die Aufgabe, die politische Korrektheit durchzusetzen, notfalls mit Zwang. Sie muss die Gleichheit zwischen den Gruppen anstreben, indem sie die Norm, die allen auferlegt wird, ablehnt. Sie muss die Mehrheit zum Nutzen der verschiedenen kulturellen Minderheiten neutralisieren.

Folglich muss das Volksreferendum als Instrument und Ausdruck der **Tyrannie der Mehrheit** verboten werden. Es geht nicht mehr darum, ein bereits existierendes Volk (dessen Existenz geleugnet wird) oder eine relativ kohärente Gemeinschaft zu vertreten, sondern einen Repräsentationsmechanismus zu schaffen, der es den verschiedenen besonderen Identitäten (Homosexuelle, LGBT, dekoloniale Indigene, Rassisten und andere) ermöglicht, sich zu behaupten und zu emanzipieren. Demokratie, schreibt der Politikwissenschaftler Dalmacio Negro Pavón, „reduziert sich somit auf politische Korrektheit, die von den Regierungen mit aktiver oder passiver Zustimmung der zuvor durch massive Propaganda infantilisierten Regierten definiert und sanktioniert wird“. ([*La loi de fer de l'oligarchie: Pourquoi le gouvernement du peuple, par le peuple, pour le peuple est un leurre*](#) [Das eiserne Gesetz der Oligarchie: Warum die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk ein Schwindel ist], 2019).

Aristoteles, Montesquieu, Rousseau, Jefferson usw. erklärten, dass eine Demokratie ohne ein begrenztes Territorium, eine große, die Extreme ausgleichende Mittelschicht und ein hohes Maß an Homogenität oder soziokulturellem Zusammenhalt unmöglich ist. Montesquieu lehrte, dass die „politische Tugend“, die er mit Rechts- und Vaterlandsliebe gleichsetzte, für die Demokratie unerlässlich sei.

Generationen von Politikwissenschaftlern haben auf der kulturellen (Tocqueville, Mill) oder wirtschaftlichen (Lipset) Bedingtheit der Entwicklung der Demokratie bestanden. Andere (wie Juan Donoso Cortés, Lord Acton, Christopher Dawson, Julien Freund, etc.) wiesen darauf hin, dass alle Formen der Demokratie von der Entwicklung des Staates abhängig sind, und argumentierten, dass alle bekannten Zivilisationen ihre Stärke und Stabilität aus der Religion bezogen haben; dass die grundlegenden Ideen, die Europa und den Westen prägen (Universalismus, Anerkennung des Wertes und der natürlichen Würde des Individuums, Unterscheidung zwischen Religion und Staat, Bedeutung der Wahl von Versammlungen seit dem Mittelalter), praktisch alle christlichen Ursprungs sind oder vom Christentum neu ausgearbeitet oder angepasst wurden, und dass der Niedergang Europas und der westlichen Zivilisation seinen Ursprung in der Rebellion, der Aufgabe oder der Negierung der christlichen Wurzeln hat.

Wieder andere haben die unvermeidlichen politischen und sozialen Folgen des demografischen Selbstmords des Westens hervorgehoben (das berühmte Werk von P. Chaunu und G. Suffert, *La peste blanche* [Die weiße Pest], liegt nun fast ein halbes Jahrhundert zurück). Aber die Dekonstruktoren und andere moderne Utopisten kümmern sich nicht darum. Sie vertreten munter und gedankenlos die genau entgegengesetzte Auffassung der klassischen Politikwissenschaft. In der letzten morbiden Phase der modernen Demokratie ist die totalitäre Versuchung unwiderstehlich. Der Orwellsche Newspeak ist am Werk. Muss man das Ausmaß der semantischen und ideologischen Verwirrung, die um das Zauberwort „Demokratie“ herrscht, noch weiter unterstreichen?

Kritik am liberal-demokratischen Modell

Die theoretische Kritik am liberal-demokratischen Modell, sei sie nun radikal oder ausgewogen, wurde von zahlreichen Autoren auf der rechten und linken Seite systematisiert. Die Rechts-Naturalisten, die Verfechter des metaphysischen Naturrechts, haben auf dogmatische Argumente zurückgegriffen, wie etwa das göttliche Recht der Könige. Andere haben philosophisch argumentiert, dass das, was wahr und gerecht ist, unabhängig von seiner Anerkennung durch die Mehrheit ist. Der deutsche Idealismus (Hegel, Krause), der elitäre Sozialismus (Saint-Simon, Fourier), der Anarchismus (der des Republikaners Proudhon in der Lösung des sozialen Problems von 1848), der Positivismus der Komturei, die Sozialpsychologie von Le Bon, der Empirismus von Le Play, der monarchistische Nationalismus von Maurras, der integrale Traditionalismus von Guénon, sie alle leugnen das individualistische und unorganische Prinzip der politischen Repräsentation:

Der Mensch ist kein einsames Wesen, das den Staat durch einen Pakt konstituiert, so als wäre er eine anonyme Gesellschaft. Er wird in eine Gemeinschaft hineingeboren, und seine Stimme kann nur durch die zwischengeschalteten Instanzen, in die er wirklich eingegliedert ist, wirklich zum Ausdruck kommen: Familie, Gemeinde, Region, Berufsverband usw. Der Jurist Carl Schmitt hat aufgezeigt, dass das liberal-demokratische System im Kern einen Widerspruch enthält:

- Der Liberalismus leugnet die Demokratie (die Logik der Identität) und
- die Demokratie leugnet den Liberalismus (die Logik der Differenz).
- Es besteht ein unüberwindbarer Gegensatz zwischen dem Bewusstsein des Individuums und der demokratischen Homogenität, die die Identität zwischen Herrschenden und Beherrschten voraussetzt. In den Augen Schmitts übersieht das liberale Denken das Politische, weil sein Individualismus es daran hindert, die Bildung kollektiver Identitäten zu verstehen.

Auf der anderen Seite haben die marxistischen, anarchistischen und syndikalistisch-revolutionären Schulen (Sorel, Labriola, Valois) im liberal-demokratischen Modell ein System formaler Freiheiten angeprangert, die nur für die Bourgeoisie real werden. Die realpolitische Soziologie (Ostrogorski, Pareto, Mosca, Michels) hat gezeigt, dass die politischen Eliten niemals das Produkt des Willens der Massen sind, sondern dass sich Minderheiten durch Wettbewerb und Selbstbestätigung selbst auswählen, dass die politischen Führer nicht die vom Volk gewählten Vertreter sind, sondern Oligarchien, die umso mehr in sich geschlossen sind, als sie strukturierten und organisierten Parteien angehören.

Alle Kritikpunkte an der Demokratie lassen sich in zwei Kategorien einteilen. Die einen betreffen das demokratische Prinzip selbst und sind generell antidemokratisch. Die anderen beklagen, dass

die demokratische Praxis selten dem Ideal entspricht, und schlagen verschiedene Lösungen vor, um dies zu ändern. Oft nehmen die Autoren jedoch nacheinander die eine oder andere Position ein, so dass es nicht leicht ist, sie eindeutig zuzuordnen. Die meisten dieser Kritikpunkte sind wohlbekannt: Demokratie ist par excellence die Herrschaft der Spaltung, der Instabilität, des endemischen Bürgerkriegs, der Rhetorik, der Diktatur der Quantität („das Überlegene kann nicht vom Unterlegenen ausgehen“), der verkappten Oligarchie, der Inkompetenz, der Mittelmäßigkeit, der Korruption, der Einflussnahme und der Allmacht des Geldes.

Die Demokratie hat keine andere philosophische Grundlage als Skepsis und Relativismus. Bis vor kurzem bekämpften viele der Autoren dieser Kritiken nicht so sehr die parlamentarische und repräsentative Demokratie an sich, sondern die kapitalistische oder marktwirtschaftliche Demokratie, in die sie eingebettet ist. Die Probleme der sozialen Gerechtigkeit, der Klassenkämpfe und der sozioökonomischen Ausbeutung wurden damals nicht als nachrangig oder nebensächlich betrachtet. Die „Sozialwissenschaften“ behaupteten noch nicht, den „wahren“ Feind der erlösten Menschheit entdeckt zu haben, nämlich die westliche Zivilisation, die vom weißen, heterosexuellen, kolonialistischen, sklavenbesitzenden Mann beherrscht wird, der für alle Diskriminierungen verantwortlich ist.

Fiktionen der liberalen Demokratie

Viele Rechts- und Politikwissenschaftler haben die Abstraktionen, Metaphern und Fiktionen der liberalen Demokratie kritisiert und die „Verfassungsideologie“ mit der „politischen Realität“ verglichen.

Das erste Beispiel für eine Fiktion ist der Grundsatz der Gewaltenteilung (Exekutive, Legislative und Judikative). In der Realität dringt das Parlament regelmäßig in den Bereich der Exekutive ein, wenn es in konkreten, nicht allgemeinen Angelegenheiten Gesetze erlässt; die Regierung erlässt Verordnungen allgemeinen Inhalts und übernimmt damit die Funktionen der Legislative; und die Richter des Verfassungsgerichts üben die oberste gesetzgeberische oder sogar verfassungsrechtliche Funktion aus, wenn sie ein zweideutiges, grundlegendes Gebot auslegen.

Das zweite Beispiel für die Fiktion: Die Hauptbegründung für das Parlament ist, dass es die Diskussion rationalisiert, politische Transparenz gewährleistet und den nationalen Willen zum Ausdruck bringt. Aber die Realität sieht ganz anders aus. Die meisten Abgeordneten oder Vertreter sind nicht diejenigen, die das Volk für die Besten hält, sondern diejenigen, die zur Klasse der „Politiker“ gehören. Ihr nicht-imperiales Mandat reicht nicht aus, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten, da sie in der Regel der Disziplin oder den Anweisungen ihrer Partei unterworfen sind. Der Wähler wirft einen Stimmzettel in die Wahlurne, und die Parteien vereinbaren dann nach eigenem Gutdünken, ob sie eine Koalitionsregierung bilden oder nicht. Je wichtiger die Beratungen sind, desto geheimer werden sie von hohen Parteifunktionären geführt. Das Gleiche gilt für die Auswahl und Nominierung von Kandidaten für Wahlen und die Besetzung von Ämtern. Das Parlament ist auch nicht das Instrument der politischen Integration, der Unterwerfung der divergierenden Willen unter einen einzigen nationalen Willen, sondern das Mittel, mit dem eine politische Fraktion den gesamten Staat besetzt und sich ihren Gegnern aufdrängt.

Drittes Beispiel für eine Fiktion: Der freiheitlich-demokratische Staat beabsichtigt, die Gleichheit der Macht aller Abgeordneten und die Gleichheit der Stimmen aller Bürger zu gewährleisten. Aber

warum sieht dann die einfache Mehrheit in den verfassungsgebenden Versammlungen auf undemokratische Weise vor, dass für die Reform der Verfassung qualifizierte Mehrheiten erforderlich sind? Warum werden in den meisten Wahlgesetzen sehr hohe Wahlhürden (5 bis 10 Prozent) und Mehrheitszuschläge (von 25 oder 50 Prozent) festgelegt, so dass einige Stimmen mehr wert sind als andere? Liegt dem antidemokratischen Geist nicht letztlich die Überlegung zugrunde, dass das primäre Ziel einer Wahl nicht darin besteht, dem Volk die Möglichkeit zu geben, sich frei zu äußern, sondern es zu zwingen, eine „stabile Mehrheit“ oligarchischer Natur zu wählen?

Darauf erwidert der realistische Demokrat, dass ein Regime, das auf der Pluralität der Parteien, der Begrenzung der Befugnisse und der Achtung von Minderheiten beruht, zwar abscheulich sein mag, dass aber die anderen noch schlimmer sind. Wir kennen Churchills ironischen oder zynischen Satz: „Die Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ In *Demokratietheorie* stimmt der berühmte liberale Politologe Giovanni Sartori zu, dass „jeder, der beweisen will, dass das demokratische System eine rationale Grundlage hat, in eine Sackgasse geraten ist. Es ist kein Zufall, dass man im Bereich der rationalistischen Philosophie nur selten auf Theorien der Demokratie stößt.“

Die einzige Ausnahme von der Regel ist die des Rationalisten Rousseau; aber er ist gezwungen, auf die **Fiktion des allgemeinen Willens** zurückzugreifen, um dem fehlbaren und sich verändernden Willen aller besser ausweichen zu können. In der Tat ist es schwer zu behaupten, dass es unter den Anhängern der Demokratie mehr Rationalität gibt als unter ihren Gegnern. Der Liberale Hans Kelsen zum Beispiel gibt bereitwillig zu, dass es ihm schwerfällt zu glauben, dass das Volk und nur das Volk die Wahrheit und den Sinn für das Gute besitzt; denn dies würde einen Glauben an ein göttliches Recht des Volkes implizieren, der ebenso unzulässig ist wie der Glaube, dass ein Mann König von Gottes Gnaden ist.

Kelsen geht sogar noch weiter. Wie viele andere luzide Demokraten räumt er ein, dass die Sache der Demokratie hoffnungslos ist, wenn man von der Idee ausgeht, dass der Mensch absolute Wahrheiten und Werte erlangen kann. Auch der liberale Philosoph Pierre Manent räumt ein, dass „unter dem Deckmantel der Demokratie in Wirklichkeit eine Oligarchie gedeiht“. Er zögert nicht, hinzuzufügen: „Die Minderheit derjenigen, die über materielles und kulturelles Kapital verfügen, manipulieren die politischen Institutionen zu ihrem Vorteil.“

Das Dilemma „Demokratie oder Diktatur“, in dem idealistische Demokraten ihre Gegner einzuschränken versuchen, ist verlockender als es fundiert ist. Kein politisches Verfahren ist eine absolute Garantie gegen Autokratie und Despotismus. Das weiß selbst der unbedarfteste Student der politischen Ideengeschichte. Tyrannei und Diktatur stellen eine Korruption dar, die immer möglich ist und die in verschiedenen Formen auch die Gesamtheit der politischen Systeme bedroht.

Tatsächliche westliche Demokratie

Historisch gesehen hat die Welt nie eine andere Regierungsform gekannt als die der Wenigen, der herrschenden Minderheit (die Oligarchie, das Establishment, heutzutage der europäisch-amerikanisch-globalistische „Eliteblock“, d.h. die Gesamtheit der Finanz-, Industrie- und Medieneliten, ohne die „organischen Intellektuellen“ von Gramsci zu vergessen, und natürlich die so genannten „Experten“ der Beratungsfirmen). Außerdem braucht jede Regierung die Unterstützung der öffentlichen Meinung. Hinter allen bekannten Regierungsformen (Monarchie, Aristokratie, Demokratie –

nach der klassischen Klassifizierung; Demokratie und Diktatur – nach der modernen Klassifizierung) steht immer eine Minderheit, die die große Mehrheit beherrscht. Die zahlreichen möglichen Varianten hängen von der Art der Erneuerung der Minderheit und den Grenzen und Kontrollen ab, denen sich diese Minderheit bei der Ausübung der Macht unterwirft. Die Machtpositionen werden nie von den Massen angefochten, sondern von den verschiedenen Fraktionen der politischen Klasse. Die Regierten sind Zuschauer, manchmal Vermittler, aber selten Schlichter. Wenn eine politische Oligarchie diskreditiert ist, wird sie durch eine andere ersetzt, die auf der Suche nach Prestige und Legitimität der Machtausübung ist und notfalls zur Demagogie bereit ist. Jede politische Macht versucht zu simulieren, im Verborgenen zu operieren, Informationen zu kontrollieren und über die Massenmedien Zustimmung zu erzeugen.

Die Werke von

- Gustave Le Bon: Psychologie der Massen (1895),
- Edward Bernays: Propaganda (1928),
- Lord Ponsonby: Falsehood in War-Time (1928),
- Sergei Stepanovich Chakhotin: Die Vergewaltigung der Massen. Die Psychologie der totalitären politischen Propaganda (1939),
- Jacques Ellul: Propaganda (1962) oder
- Anne Morelli: Principes élémentaires de propagande de guerre (2001),

um nur einige zu nennen, haben sehr detailliert erklärt, wie Propaganda (oder „Kommunikation“, wie wir sie heute scheinheilig nennen), ob gut oder schlecht, weiß (für die Guten) oder schwarz (für die Bösen), in den westlichen Demokratien funktioniert. Sie haben gezeigt, dass es sich paradoxerweise um eine Erfindung liberaler Demokratien handelt und nicht, wie oft zu hören ist, um die Schöpfung und Praxis totalitärer oder autoritärer Staaten allein. Wenn der heutige politisch korrekte Journalismus (Meinungsjournalismus getarnt hinter dem Deckmantel des so genannten Nachrichtenjournalismus), nicht ohne korporatistische Hintergedanken, den „furchterregenden Charakter“ der neuen Internet-Propaganda kritisiert, ist er wie das Krankenhaus, das sich über die Wohltätigkeit mokiert. In Wirklichkeit ist der oft gepriesene Pluralismus der westlichen Mainstream-Medien nichts anderes als eine Täuschung, die durch die Allegorie des Pferde- und Kaninchenragouts gut beschrieben wird. (Eine Mischung aus dem Groben und dem Feinen, wobei das Grobe überwiegt.)

Am Abend der Wiederwahl des französischen Präsidenten Emmanuel Macron (24. April 2022) fragte ein unabhängiger Journalist schelmisch in den Spalten eines nonkonformistischen Blogs: „Wie heißt das Land, in dem fast 100 Prozent der subventionierten Presse die Regierung unterstützt? Wie heißt das Land, in dem alle Steuerzahler gezwungenermaßen Medien finanzieren, die auf der Seite der Eliten, der Macht und einer großen hegemonialen Partei stehen, die ihre Gegner kriminalisiert? Wie heißt das Land, in dem die Hälfte der Bürger den großen Medien nicht mehr vertraut?“ (G. Cluzel. BV, 24. April 2022).

Natürlich macht die fast unerschütterliche Verbundenheit der Menschen in den USA mit dem ersten Zusatzartikel ihrer Verfassung, der die Rede-, Presse- und Meinungsfreiheit garantiert, den Unterschied aus und scheint sie vor einer ähnlichen Situation zu schützen. Der amerikanische Bürger und

Wähler kann sich zwar über die Gebote der politischen Korrektheit hinwegsetzen und theoretisch so ziemlich alles sagen, was er will, aber er kann dies nicht tun, ohne ernsthafte Nachteile in seinem beruflichen und gesellschaftlichen Leben zu riskieren.

Politik, sagte der Dichter Paul Valéry, „ist die Kunst, die Menschen davon abzuhalten, sich in das einzumischen, was sie angeht“. Aber die öffentliche Meinung ist sich dessen heute viel stärker bewusst. Die Folge ist, dass die Oligarchie oder der Elite-Block – zunehmend ängstlich – die Schrauben anzieht, die das Wahlvolk, den Demos, unterjochen. Wir kennen die Feindseligkeit, Verachtung und Angst, die populistische Bewegungen und Volksaufstände wie die „Gelbwesten“ hervorrufen. Die Menschen fürchten die Macht, der sie unterworfen sind – aber die Macht fürchtet auch die Gemeinschaft, über die sie herrscht.

Abschließend lässt sich sagen, dass die echte westliche Demokratie letztlich nur eine vom Volk gewählte Oligarchie ist. Sie schließt die Anwendung physischer Gewalt aus, nicht aber moralische Gewalt (unfairer, betrügerischer oder eingeschränkter Wettbewerb). Zwei Bedingungen würden eine tiefgreifende Reform der Demokratie zum Wohle des Volkes ermöglichen: Erstens müssten die Vertretenen die Freiheit zurückgewinnen, ihre Vertreter oder gewählten Beamten direkt zu kontrollieren, eine Freiheit, die ihnen missbräuchlich genommen wurde. Dies würde die Einführung eines Wahlsystems mit imperativem Mandat erfordern; die Vertreter wären somit verpflichtet, das Mandat ihrer jeweiligen Wähler zu respektieren.

Damit das Volk, wenn schon nicht de facto lenken und regieren, so doch zumindest dauerhaft am politischen Leben teilnehmen kann, müsste das Prinzip der direkten Demokratie auf breiter Basis akzeptiert werden [natürlich mit dem Referendum der Volksinitiative (RIP) oder der Bürgerinitiative (RIC)]. Ein realistisches Ideal, das, wie man sich gut vorstellen kann, nicht annähernd erreicht wird. Der springende Punkt ist jedoch, zu verhindern, dass die Machthaber zu bloßen Transmissionsriemen für die Interessen, Wünsche und Gefühle der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Oligarchie werden.

Der Politikwissenschaftler Dalmacio Negro sagt: „Die einzig wirksame Haltung in der Politik ist die rationale Kritik an der Realität, um den Geist der kollektiven Freiheit am Leben zu erhalten.“ Realistisch und klarsichtig fügt er hinzu, dass es eine wesentliche Bedingung dafür gibt, dass politische Demokratie möglich ist und ihre Korruption sehr viel schwieriger, wenn nicht gar unmöglich wird. Man muss der Regierung gegenüber immer misstrauisch sein, auch wenn es sich um Freunde oder Personen handelt, die man gewählt hat. Bertrand de Jouvenel sagte in diesem Zusammenhang: „Die Regierung von Freunden ist die barbarische Art des Regierens.“

Arnaud Imatz, baskisch-französischer Politikwissenschaftler und Historiker, hat einen Dokortitel in Politikwissenschaft und ist Mitglied der Königlichen Akademie für Geschichte (Spanien) sowie ehemaliger internationaler Beamter bei der OECD. Er ist Spezialist für den spanischen Bürgerkrieg, den europäischen Populismus und die politischen Kämpfe der Rechten und der Linken – alles Themen, über die er [mehrere Bücher geschrieben](#) hat. Außerdem hat er zahlreiche Artikel über das politische Denken des Gründers und Theoretikers der Falange, José Antonio Primo de Rivera, sowie des liberalen Philosophen José Ortega y Gasset und des katholischen Traditionalisten Juan Donoso Cortés veröffentlicht.